



# PROTOKOLL

---

**LANDKREIS  
ERDING**

**öffentlich**

**Büro des Landrats  
BL**

Alois-Schieß-Platz 2  
85435 Erding

Ansprechpartner/in:  
Elfriede Mayer

Zi.Nr.: 209

Tel. 08122/58-1129  
Fax 08122/58-1109  
elfriede.mayer@ira-  
ed.de

Erding, 17.04.2008  
Az.:

## **69. Sitzung des Kreisausschusses am 14.04.2008**

### **Anwesend und stimmberechtigt sind die Kreisräte:**

Becker, Manfred

Gotz, Maximilian

Meister, Michaela

Mittermeier, Jakob

Reingruber, Karlheinz

Rieß, Georg

Rötzer, Marianne

Rübensaal, Siegfried

Schmidt, Horst

Schwimmer, Hans

Sterr, Josef

i.V.v. Scharf-Gerlspeck Ulrike

i.V.v. Schwimmer Jakob

### **sowie als Vorsitzender:**

Bayerstorfer, Martin

### **von der Verwaltung:**

Fischer, Heinz

Eixenberger, Anton

Helfer, Helmut

Stephan, Katrin

ab TOP 4

ab TOP 4

zu TOP 7



## Tagesordnung

### **II. Öffentlicher Teil:**

4. Haushaltswesen  
Feststellung und Entlastung für die Jahresrechnung 2006 des  
Landkreises Erding  
Vorlage: 2008/0329
5. Haushaltswesen  
Jahresrechnung 2007 des Landkreises Erding  
Bekanntgabe der Abschlusszahlen  
Vorlage: 2008/0332
6. Fischer`s Kreisaltenheim  
Wirtschaftsplan 2008  
Vorlage: 2008/0333
7. Fischer`s Wohltätigkeitsstiftung  
Vertrag über die Verwaltung und den Betrieb des Seniorenzentrums  
Vorlage: 2008/0307
8. Bekanntgaben und Anfragen

**II. Öffentlicher Teil der Sitzung des Kreisausschusses  
am 14.04.2008**



**LANDKREIS  
ERDING**

Büro des Landrats  
BL

**4. Haushaltswesen  
Feststellung und Entlastung für die Jahresrechnung 2006 des  
Landkreises Erding  
Vorlage: 2008/0329**

**Der Vorsitzende** erklärt zur versandten Vorlage, die entsprechenden Zahlen seien im Vorlagebericht aufgeführt. Es sei die Jahresrechnung des Landkreises für das Jahr 2006 mit den genannten Abschlusszahlen gemäß Art. 88 Abs. 3 LkrO festzustellen und die Entlastung zu erteilen.

Wortmeldungen dazu ergeben sich nicht.

Der Vorsitzende bringt folgenden Beschlussvorschlag zur Abstimmung:

KA/0406-08

Dem Kreistag wird empfohlen, die Jahresrechnung des Landkreises für das Jahr 2006 mit den genannten Abschlusszahlen gem. Art. 88 Abs. 3 LKrO festzustellen und die Entlastung zu erteilen.

Abstimmungsergebnis: **Annahme mit 10 : 0 Stimmen.**  
(ohne KRin Rötzer und KRin Meister)

**5. Haushaltswesen  
Jahresrechnung 2007 des Landkreises Erding  
Bekanntgabe der Abschlusszahlen  
Vorlage: 2008/0332**

**Der Vorsitzende** bittet Herrn Eixenberger um Erläuterung des Vorlageberichtes und der größeren Abweichungen vom Haushalt ab 50.000 €.

**Herr Eixenberger** führt aus, 2007 sei eine Zuführung an den Vermögenshaushalt von 3,5 Mio € geplant gewesen. Der Abschluss ergibt eine Zuführung mit 7.773.413,65 €.

Die wesentlichen Abweichungen bei den Einnahmen und Ausgaben seien auf Seite 4 der Beschlussvorlage dargestellt.

Mehreinnahmen haben sich bei der „Pauschalen Zuweisung bei den Kosten für die Schülerbeförderung“ mit 112.623 € ergeben. Außerdem habe der Landkreis eine nachträgliche Kostenerstattung vom Kreiskrankenhaus für „Zentrale Verwaltungsdienste 2006“ von 80.821 € erhalten. Weiter ergeben sich Mehreinnahmen durch die „Erstattung des Bundes für die Verwaltungskosten und Personalkosten bei ARUSO“ mit



283.757 € Hauptursache war, weil für 2006 noch 140.000 € erstattet worden sind. Künftig erfolgt die Abrechnung jährlich.

Weitere Einnahmen ergeben sich bei der Rückerstattung „Betriebskostenzuschuss MVV 2005“ mit 95.398 €. Herr Eixenberger erklärt, der erwartete Überschuss für 2005 von 217.000 € sei 2006 vereinnahmt worden. Tatsächlich seien zusätzlich 95.398 € mehr Überschuss erzielt worden. Weitere Einnahmen ergeben sich bei den „Abschlagzahlungen auf die zu erwartende Rückerstattung Betriebskostenzuschuss MVV 2006“ mit 170.000 €. Es sei im Herbst 2007 vom MVV mitgeteilt worden, dass der Landkreis für 2006 einen Überschuss von 170.000 € zu erwarten habe. Dieser Betrag sei mit der Abschlagzahlung Dezember 2007 verrechnet worden.

**LANDKREIS**  
**E R D I N G**

Büro des Landrats  
BL

Bei den „Gebühren und Auslagen“ haben sich Mehreinnahmen von 384.358 € ergeben. 2007 waren die Einnahmen so hoch, weil die Genehmigungsgebühren vom Flughafen für die Änderung des Terminals und der Gepäcksortieranlage von 188.000 € nicht wie erwartet 2006, sondern erst 2007 eingegangen seien.

Bei den „Bußgeldern“ ergeben sich Mehreinnahmen von 88.000 € und bei der „Grunderwerbsteuer“ von 363.031 €. Ursache für die Mehreinnahmen bei den „Zinseinnahmen“ mit 216.726 € sei, dass sich das Zinsniveau erhöht habe. Bei der Erstellung des Haushaltsplan 2006 waren die Zinsen wesentlich niedriger. Die Verwaltung bemühe sich, den Passivstand möglichst günstig anzulegen.

Beim Büchergeld ergibt sich dagegen ein Einnahmeverlust von 280.310 €.

Auf der Ausgabenseite ergibt sich ein höherer Zuschussbedarf bei der Jugendhilfe um 524.277 €. Hauptursache seien die Kosten für die Heimerziehung (Mehrkosten von 484.000 €).

Beim „Bürobedarf Zulassungsstelle“ ergeben sich Einsparungen von 60.555 €. Es sei ein größerer Andrang bei den Feinstaubplaketten angenommen worden. Nachdem der Andrang nicht sehr groß war, haben auch die Kosten für die Feinstaubplaketten gespart werden können.

Eine weitere Einsparung habe sich bei der „Zahlung an den Rettungszweckverband“ mit 76.000 € ergeben, weil die Integrierte Leitstelle erst 2008 in Betrieb gegangen sei.

Bei Hartz IV haben 328.418 € eingespart werden können, weil weniger einmalige Leistungen (Umzüge bei Wohnungswechsel und Kautionen, Bafög-Anträge) beantragt worden sind.

**Der Vorsitzende** betont, der Leistungsbetrag bei „Hartz IV“ war 6.489.000 €. Im Haushalt waren 6,5 Mio € eingeplant, fast eine Punktlandung.

**Herr Eixenberger** erklärt weiter, bei der „Sozialhilfe“ haben 372.632 € eingespart werden können. Im Wesentlichen haben sich die Einsparungen bei der HLU mit 175.000 € und bei der Eingliederung für behinderte



Menschen, besonders beim ambulanten betreuten Wohnen (z.B. Algasing) mit 128.000 € ergeben.

Bei den Auslagen für „Statikprüfungen“ haben 128.376 € eingespart werden können.

Beim „Winterdienst und beim Unterhalt Kreisstraße“ waren 401.480 € weniger Ausgaben notwendig. Der Betrag setzt sich zusammen aus Einsparungen beim Winterdienst mit 318.000 € und Einsparungen beim Straßenunterhalt mit 82.000 €

**LANDKREIS**  
**ERDING**

Büro des Landrats  
BL

Beim „MVV Betriebskostenzuschuss für den Regionalbusverkehr 2007“ haben sich Einsparungen von 272.000 € ergeben. Im Haushaltsplan 2007 sei der voraussichtliche Betriebskostenzuschuss laut Finanzplan vom MVV mit 2,6 Mio € veranschlagt worden. Tatsächlich waren dann 272.000 € weniger an den MVV zu zahlen.

**Der Vorsitzende** merkt an, dies sei auch durch die Fahrgastzählungen begründet. Deshalb seien beim Haushaltsplan 2008 bereits ca. 200.000 € weniger eingeplant worden.

**Herr Eixenberger** erklärt weiter, es war eine Kreditaufnahme von 5.635.000 € im Vermögensplan eingeplant. Nachdem um 5.353.000 € weniger Kredit aufgenommen werden musste, haben sich die Zinsen für die Kredite um 254.370 € verringert. Tatsächlich war eine Kreditaufnahme von 262.000 € notwendig. Diese Verringerung der Kreditaufnahme habe sich dadurch ergeben, weil sich einige Baumaßnahmen verzögert haben oder vorschoben worden sind (Integrierte Leitstelle, Recyclinghof Erding und Einsparung beim Grunderwerb).

Bei den Personalkosten ergibt sich eine Einsparung von 567.696 €. Dies sei im Wesentlichen dadurch begründet, weil Bedienstete, die dienstunfähig waren, den Dienst nicht angetreten haben. Auch bei Frauen, die sich im Erziehungsurlaub befinden, sei oft nicht genau zu planen, wann sie wieder zurückkehren, usw. Auch seien einzelne Nachbesetzungen nicht vorgenommen worden.

Bei der „Allgemeinen Deckungsreserve“ (225.000 €) und der „Deckungsreserve Personalkosten“ (80.000 €) waren Einsparungen zu erzielen.

Weiter erklärt Herr Eixenberger, der Rücklagenstand des Landkreises habe zum Jahresende 2007 unverändert 1.007.365,39 € (Mindestrücklage 851.893 €) betragen. Der Schuldenstand des Landkreises beträgt zum Jahresende 2007 33.478.091,95 €

Herr Eixenberger merkt an, im Bereich Abfallbeseitigung sei 2007 der Rücklage zum Ausgleich von Gebührenschwankungen ein Betrag von 567.428,60 € zugeführt worden. Diese Rücklage werde in den kommenden Jahren zum Ausgleich des Gebührenhaushalts Abfallbeseitigung gebraucht. Insgesamt ergeben sich im Bereich Abfallbeseitigung Rücklagen für die Rekultivierung und Nachsorge der Deponie in Höhe von 8.655.798,11 €



**LANDKREIS**  
**ERDING**

Die Rücklage bei den Gebührenschwankungen belaufen sich Ende 2007 auf 1.388.025,65 € und bei DSD auf 601.021,22 €. Die Rückstellungen für die zuschussfinanzierten Investitionen (Sonderrücklage zuschussfinanzierte Recyclinghöfe) waren 112.295,49 €.

Für den Bereich Fleischbeschau werden kostendeckende Gebühren erhoben. Zum Ende 2007 habe sich ein Überschuss von 2.906,78 € ergeben.

Büro des Landrats  
BL

Im Vermögenshaushalt waren außerplanmäßig die Erschließungsbeiträge für die „Fichten- und Karlstraße von 143.745,36 € zu leisten. Diese Erschließungsbeitragsbescheide seien dem Ausschuss bereits vorgelegt worden.

Im Verwaltungshaushalt sei das Budget der Jugendhilfe statt der kalkulierten 235.000 € mit insgesamt 524.277 € überschritten worden. Der Kreisausschuss habe bereits am 22.10.2007 für diesen Bereich 235.000 € überplanmäßige Ausgaben genehmigt. Letztendlich seien nochmals ca. 289.000 € mehr an Ausgaben notwendig gewesen. Ursache waren nicht vorhersehbare Einnahmeausfälle und mehr Heimunterbringungen.

Soweit diese über- und außerplanmäßigen Ausgaben vom Kreisausschuss nicht genehmigt worden sind, seien diese Ausgaben durch Mehreinnahmen oder durch Einsparungen im Rahmen der festgelegten Deckungsfähigkeit abgedeckt worden.

**Der Vorsitzende** ergänzt, der Abschluss sei eine erfreuliche, positive Entwicklung. Er weist darauf hin, dass die Einsparungen im Bereich „Personalkosten“ mit 567.696 € nicht so vorhersehbar gewesen seien. Ein Teil davon sei auch die Folge der Investitionen im Bereich der Maschinenteknik bei den Straßenmeistereien und natürlich auch die Bereinigung der Situationen bei den Beamten, die bis auf weiteres nicht dienstfähig sind, usw.

Er weist auch darauf hin, dass ein Teil der Summe der Haushaltsausgabereste (abgängige Haushaltsausgabereste 243.078,27 €) mit im Haushalt eingeplant worden seien. Zum Beispiel habe sich bei den „Investitionszuschüssen Denkmalpflege“ im Laufe der Jahre eine Summe von 230.771,93 € angesammelt, die nicht ausgegeben worden sind.

**Kreisrat Reingruber** merkt an, die Entwicklung sei für den Landkreis sehr positiv. Bündnis 90/Die Grünen habe ein Ergebnis in dieser Richtung schon erwartet. Der Schuldenstand habe sich nicht vermehrt, sondern gegenüber 2006 auf ca. 33 Mio € verringert. Jedoch gehe es einer Reihe von Gemeinden haushaltrechtlich nicht so gut. Die Fraktion Bündnis 90/Die Grünen habe die entsprechenden Anträge zur Senkung der Kreisumlage deshalb gestellt.

**Der Vorsitzende** berichtet, Bündnis 90/Die Grünen habe einen Antrag zur Senkung der Kreisumlage zum Haushalt 2008 gestellt.



**LANDKREIS**  
**ERDING**

Büro des Landrats  
BL

**Kreisrat Reingruber** weist darauf hin, nachdem er dem nächsten Kreisausschuss nicht mehr angehören werde, dass die Rücklagen im Bereich Abfallwirtschaft ausschließlich für die Gebührensenkung verwendet werden müssen.

**Kreisrat Schmidt** stellt fest, es sei positiv, dass der Schuldenstand des Landkreises leicht gesenkt werden konnte. Jedoch sei dies die Folge, weil bestimmte Maßnahmen nicht durchgeführt werden konnten und nur verschoben sind. Für die Schulden habe der Landkreis aber eine Menge für die Landkreisbürger geschaffen.

Weiter merkt er an, es sei schade, dass die Kosten mit dem MVV nicht besser kalkulierbar seien. Auch dem Jugendamt könne wegen des großen Zuschussbedarfes kein Vorwurf gemacht werden. Es sollte versucht werden, mehr Prävention anzubieten. Diese Ausgaben seien aber auch durch den Zuzug oft nicht zu beeinflussen.

**Kreisrat Becker** betont, den Schulden des Landkreises von ca. 33 Mio € stehen ca. 360 Mio Vermögen gegenüber. Er s war eine Kreditaufnahme von ca. 5.635.000 € geplant. Die Kreditaufnahme habe sich deutlich reduziert, weil geplante Investitionen nicht durchgeführt werden konnten, usw. Er denkt, der neue Kreistag könne mit dem Ergebnis gut weiter arbeiten.

**Der Vorsitzende** ergänzt noch, alleine die Anpassung an den neuen Tarifvertrag TVöD bedeutet 2008 einen Fehlbetrag von ca. 240.000 € für die Sonderzahlung, die nicht berücksichtigt worden sei.

Auch im Bereich Jugendhilfe werde ein deutlich höherer Zuschussbedarf benötigt werden. Es sei mittlerweile schwierig geworden, weil es nicht mehr als richtig angesehen wird, in vielen Fällen Jugendliche in Pflegefamilien unterzubringen, sondern in Heimen.

Weitere Wortmeldungen ergeben sich nicht. Der Vorsitzende bringt folgenden Beschlussvorschlag zur Abstimmung:

KA/0407-08

Der Jahresabschluss des Landkreises für das Jahr 2007 wird wie vorgelegt genehmigt.

Die nicht durch Haushaltsvermerke gedeckten überplanmäßigen Ausgaben werden genehmigt. Für die im Gesamtbudget des Jugendamtes angefallenen überplanmäßigen Ausgaben von 524.277 € wird dem Kreistag empfohlen, die Genehmigung zu erteilen.

Abstimmungsergebnis: **Annahme mit 12 : 0 Stimmen.**

**Kreisrat Rübensaal** denkt, nachdem heute ein Abschluss des Jahres 2007 erfolgt, sollte der Hinweis von Kreisrat Becker, dass den ca. 33 Mio € Schulden des Landkreises ein Gesamtvermögen von ca. 360 Mio € gegenübersteht als ergänzende Anmerkung aufgenommen werden.

**Kreisrat Reingruber** denkt, das sei reine Makulatur und für den Beschluss nicht notwendig.



**Der Vorsitzende** denkt, es sollte als Anmerkung, nicht im Beschluss, aufgenommen werden, dass das Vermögen des Landkreises derzeit abzüglich der Kredite bei 322.697.000 € liege.

**LANDKREIS**  
**ERDING**

Büro des Landrats  
BL

**6. Fischer`s Kreisaltenheim**  
**Wirtschaftsplan 2008**  
**Vorlage: 2008/0333**

**Der Vorsitzende** berichtet, nachdem der Vorsitzende der Fischer`s Wohltätigkeitsstiftung, Herr Dreier, mitgeteilt hat, dass er zur Kreisausschusssitzung nicht anwesend sei kann, sei diese Thematik mit den Fraktionsvorsitzenden und Herrn Dreier vorab besprochen worden.

Bei der Besprechung war eine Frage, was die Buchstaben A, B und Ü bei den Besoldungsgruppen bedeuten. Herr Dreier habe inzwischen schriftlich mitgeteilt: „Die Bezeichnungen A, B und Ü kennzeichnen Zwischenstufen zwischen zwei Besoldungsgruppen aufgrund der Überleitung vom BAT zum TVöD. Die Bezeichnung A ist eine Überleitungsstufe bei den Pflegekräften, ebenso die Bezeichnung B bei höheren Eingruppierungen. Die Bezeichnung Ü wird für den gleichen Tatbestand beim hauswirtschaftlichen Personal angewandt. Hieraus ist ersichtlich, dass es im Hause 56 Bedienstete gibt, die noch unter die Regelungen des BAT (übergeleitet) fallen“.

Ein weiterer Wunsch war, eine Auflistung der Heimentgelte im Wohn- und Pflegebereich mit den einzelnen Pflegestufen zu bekommen. Dazu sei an die Kreis Ausschussmitglieder eine Tischvorlage ausgeteilt worden.

Wortmeldungen dazu ergeben sich nicht. **Der Vorsitzende** bringt folgenden Beschlussvorschlag zur Abstimmung:

KA/0408-08

Dem Kreistag wird empfohlen, den Wirtschaftsplan des Fischer`s Kreisaltenheimes für das Jahr 2008 (Erfolgsplan, Vermögensplan, Stellenplan) und die Finanzplanung 2009 – 2011 zu genehmigen.

Abstimmungsergebnis: **Annahme mit 12 : 0 Stimmen.**

**7. Fischer`s Wohltätigkeitsstiftung**  
**Vertrag über die Verwaltung und den Betrieb des Seniorenzentrums**  
**Vorlage: 2008/0307**

**Der Vorsitzende** erklärt, der Verwaltungsratsvorsitzende, Herr Dreier, habe auf einige Positionen hingewiesen. Auch diese Thematik sei mit den Fraktionsvorsitzenden und Herrn Dreier vorab besprochen worden. Bei der Beratung war jedoch die Abteilungsleiterin, Frau Stephan, nicht anwesend. Frau Stephan könne aber heute Fragen, soweit vorhanden, beantworten.



**Kreisrat Rübensaal** merkt an, in der Besprechung sei eine Art Konsens erarbeitet worden. Er bittet um Darstellung.

**Der Vorsitzende** berichtet, eine Frage war wegen der Prüfungsberichte. Dazu erklärt er, das Kreisrechnungsprüfungsamt kann die Rechnungsprüfung nicht unentgeltlich durchführen. Die Fischer's Wohltätigkeitsstiftung müsse jedoch eine Prüfung durch eine Wirtschaftsprüfungsgesellschaft durchführen lassen. Herr Dreier sei deshalb der Meinung, dass es nicht nötig sei, dass zwei bzw. drei Prüfungen (mit der überörtlichen Prüfung) durchgeführt und seitens der Stiftung bezahlt werden müssen. Es sollte eine Prüfung auch ausreichend sein. Eine Möglichkeit wäre, dass der Landkreis sich im Rahmen einer Betätigungsprüfung, die kostenfrei sei, engagiere. Die Frage sei dann, welchen Sinn dies mache. Es wäre ausreichend, das Prüfungsergebnis zu bekommen. Dies sollte im Vertrag noch ergänzt werden.

**LANDKREIS**  
**ERDING**

Büro des Landrats  
BL

Als Zuständigkeiten des Landkreises sollten in § 5 die Feststellung der Bilanz und der Jahresrechnung aufgenommen werden.

Der Vorsitzende erklärt, bei der Festsetzung der Heimentgelte habe der Landkreis keine Zuständigkeit, weil diese mit den Trägern verhandelt werden.

Die Bestellung der Heimleitung bleibe weiterhin bei den Kreisgremien. Der Unterschied wird sein, dass über die Stellvertreter nicht vom Landkreis entschieden wird, sondern aus organisatorischen Gründen sinnvoller Weise von der Stiftung.

Der Vorsitzende fragt Frau Stephan, wenn die Formulierung der Zuständigkeit des Landkreises in § 5 Ziff. 2 belassen wird: „Beschlussfassung und Genehmigung der Wirtschafts- und Stellenpläne für den Heimbetrieb, Feststellung und Entlastung für die Bilanz und der Jahresrechnung für den Heimbetrieb.“, ob das nicht inkludiere, dass der Landkreis den Prüfungsbericht automatisch bekommen wird und zur Beschlussfassung und Entlastung der Jahresrechnung vorgelegt werde.

**Frau Stephan** schlägt vor, wenn der Landkreis es wünscht, dass der Prüfungsbericht vorgelegt wird, sollte dies im Vertrag extra aufgeführt werden.

**Kreisrat Schmidt** merkt an, es sei gut, dass die verschiedenen Punkte vor beraten worden sind. Das Ganze sei kein Verzicht auf Rechte, sondern eine Präzisierung, oder durch faktische Gegebenheiten vorgegeben. Im Aufsichtsrat der Stiftung seien zudem auch Kreisräte mit einer entsprechenden Kontrollmöglichkeit vertreten.

**Der Vorsitzende** stellt fest, der Vorschlag sei, in § 5 Ziff. 2 diese weiteren Zuständigkeiten des Landkreises aufzunehmen. Er verliest:

„§ 5 Ziff. 2: Zuständigkeit des Landkreises  
Beschlussfassung und Genehmigung der Wirtschafts- und Stellenpläne für den Heimbetrieb, Feststellung und Entlastung für die Bilanz und die Jahresrechnung für den Heimbetrieb.“



Die Wirtschafts- und Stellenpläne werden dem Landkreis vom Verwaltungsrat der Stiftung nach dessen Genehmigung zugeleitet.

Außerdem wird der Prüfungsbericht des Wirtschaftsprüfers dem Landkreis zur Beschlussfassung für die Feststellung und Entlastung der Jahresrechnung vorgelegt.“

**LANDKREIS**  
**ERDING**

Büro des Landrats  
BL

**Kreisrat Reingruber** betont, er habe mit dieser Beschlussfassung schon ein Problem damit, ob der Stifterwille dann noch so klar zum Ausdruck komme.

Ein weiteres Problem habe er mit dem Procedere. Der Tagesordnungspunkt sei bereits einmal vertagt worden, weil der Verwaltungsratsvorsitzende, Herr Dreier und die Abteilungsleiterin, Frau Stephan nicht anwesend waren. Ihn wundert, dass heute Herr Dreier wieder nicht anwesend sei. Es hätte vorab eine andere Vorgehensweise gefunden werden müssen.

Ein großes Problem habe er auch mit Besprechungen der Fraktionsvorsitzenden, die stattgefunden haben. Er verweist auf Art. 46 LkrO bezüglich der Öffentlichkeit. Solche Dinge in einer Besprechung mit den Fraktionsvorsitzenden zu behandeln, halte er für äußerst problematisch. Wenn es z.B. darum geht, über Gelder zu beraten, die übrig geblieben sind, weil der Landkreis zuviel Schlüsselzuweisungen bekommen hat, sei dies ein Thema einer Kreisausschuss-Sitzung von Anfang an und nicht in einer zweiten oder dritten Reihe und dann ein Thema des Kreistages gleich nach dem Kreisausschuss.

Er habe ein Problem damit, dass sich etwas verselbstständigt, was die Informationspflicht nach außen tangiert.

**Der Vorsitzende** antwortet, er sehe dies anders. Es sei nichts der Öffentlichkeit vorenthalten worden. Die Diskussion könne heute geführt werden. Wenn Fragen offen sind, können diese beantwortet werden. Er habe es als Vorschlag gesehen, möglichst schnell mit dem noch bestehenden Gremium das Thema abzuschließen.

Bei der Besprechung habe er ausdrücklich gefragt, ob Einverständnis besteht. Kein Fraktionsvorsitzender habe erklärt, dass er mit der Vorgehensweise nicht einverstanden wäre.

Entscheidend sei, dass sich Herr Dreier auf einer längerfristig geplanten Urlaubsreise befindet. Bei der Kreistagssitzung wird er anwesend sein. Auch dann können Fragen gestellt und darüber diskutiert werden.

**Kreisrat Rübensaal** ergänzt, jeder Fraktionsvorsitzende kann auch in seiner Fraktion darüber berichten.

**Kreisrat Becker** stellt fest, es sei keine Frage, dass Themen öffentlich beraten werden. Dieses Gespräch mit den Fraktionsvorsitzenden sei nur ein Informationsgespräch gewesen. Wenn Kreisrat Reingruber noch Fragen habe, könne er die heute oder im Kreistag stellen. Es geht dabei



nicht um die Frage, ob der Stiftungszweck erfüllt wird. Es geht um das Altenheim und den Zweckbetrieb, den die Stiftung zu bedienen habe und das sei Aufgabe des Verwaltungsrats der Stiftung. Diesem Verwaltungsrat gehören vier Bürger der Stadt Erding, künftig der Landrat als Vorsitzender und zwei Kreisräte an. Die beiden Kreisräte müssen vom neuen Kreistag nicht gewählt werden, weil sie vor zirka zwei Jahren auf sechs Jahre gewählt worden sind.

**Kreisrat Reingruber** stellt fest, in seiner 18jährigen Tätigkeit habe er gelernt, dass er „ins Schwarze“ getroffen hat, wenn sich Kreisrat Becker so aufregt.

**Der Vorsitzende** sagt, das sei eine unsachgemäße Bemerkung.

**Kreisrat Rieß** versteht die Welt nicht mehr. Es seien Verständnisfragen geklärt worden. Er könne sich nicht vorstellen, dass es bezüglich der Thematik große Streitigkeiten gebe. Nachdem es um keine Grundsatzrechtsentscheidungen geht, „sei die Aufregung für die Katz“.

**Kreisrat Becker** betont, der Vertrag werde zudem von der Aufsichtsbehörde der der Reg. v. Obb geprüft.

**Kreisrat Schmidt** ergänzt, er wehre sich dagegen, dass Besprechungen mit den Fraktionsvorsitzenden als Konsensbesprechungen bezeichnet werden. Herr Dreier wird bei der Kreistagssitzung anwesend sein und die Punkte präzisieren.

Kreisrat Schmidt wünscht, dass die Mitglieder des Kreistages eine Vorlage der Stellungnahme von Frau Stephan vorgelegt bekommen, wie sie bei der ersten Behandlung des Tagesordnungspunktes an die Kreisausschussmitglieder mit versandt worden sei.

**Der Vorsitzende** erklärt, es habe sich in der Zwischenzeit aufgrund der Stellungnahme von Seiten der Stiftung einiges geändert. Er sichert aber eine Stellungnahme von Frau Stephan als Tischvorlage zu.

Der Vorsitzende verliest folgenden Beschlussvorschlag:

§ 5 Abs. 1 Ziff. 2 erhält folgende Fassung:

„Beschlussfassung und Genehmigung der Wirtschafts- und Stellenpläne für den Heimbetrieb, Feststellung und Entlastung für die Bilanz und die Jahresrechnung für den Heimbetrieb.

Die Wirtschafts- und Stellenpläne werden dem Landkreis vom Verwaltungsrat der Stiftung nach dessen Genehmigung zugeleitet.

Außerdem wird der Prüfungsbericht des Wirtschaftsprüfers dem Landkreis zur Beschlussfassung für die Feststellung und Entlastung der Jahresrechnung vorgelegt.“

**Kreisrat Becker** weist darauf hin, dass es im ersten Absatz richtig heißen muss: „Entlastung der Heimleitung“.



**LANDKREIS**  
**ERDING**

Büro des Landrats  
BL

Der Kreisausschuss fasst daraufhin folgenden Beschluss:

KA/0409-08

Der Änderung des Vertrags mit der Fischer`s Wohltätigkeitsstiftung über die Verwaltung des Fischer`s Seniorenzentrums durch die Fischer`s Wohltätigkeitsstiftung wird mit folgender Maßgabe zugestimmt:

§ 5 Abs. 1 Ziff. 2 erhält folgende Fassung:

„Beschlussfassung und Genehmigung der Wirtschafts- und Stellenpläne für den Heimbetrieb, Feststellung der Bilanz und der Jahresrechnung sowie Beschlussfassung über die Entlastung.

Die Wirtschafts- und Stellenpläne werden dem Landkreis vom Verwaltungsrat der Stiftung nach dessen Genehmigung zugeleitet.

Außerdem wird der Prüfungsbericht des Wirtschaftsprüfers dem Landkreis zur Feststellung der Bilanz und der Jahresrechnung sowie zur Beschlussfassung über die Entlastung vorgelegt.“

Abstimmungsergebnis: **Annahme mit 11 : 1 Stimmen.**  
(Gegenstimme: KRin Meister)

**Kreisrat Rieß** fragt, ob diese unter § 5 aufgeführten Dinge ausschließlich Aufgaben des Ausschusses seien und nicht Aufgaben des Landrats.

**Kreisrat Becker** sagt, was bisher der Landrat delegiert habe, sei weggefallen.

Weitere Wortmeldungen ergeben sich nicht.

## **8. Bekanntgaben und Anfragen**

Nachdem sich hierzu keine Wortmeldungen ergeben, beendet **der Vorsitzende** die Sitzung des Kreisausschusses um 16.05 Uhr.

Vorsitzender

Protokoll

Martin Bayerstorfer  
Landrat

Elfriede Mayer  
Verwaltungsangestellte